Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1338 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 109. **Sonnabend, 10. Mai 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat [illegible] 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nachtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Kampf um die Regierungsbildung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Diskussion über die Neubildung des Reichskabinetts ist nunmehr in ein lebhaftes Fahrwasser gekommen, nachdem zuerst von deutschnationaler Seite programmatische Erklärungen abgegeben worden sind. Die Entgegnungen seitens der bisherigen Regierungsparteien auf die **Erklärungen** des deutschnationalen Führers **Dr. Hergt** lassen schon jetzt erkennen, daß es offenbar einen harten Kampf geben wird, bevor sich die Parteien auf einer einheitlichen Linie einigen. Es ist das Bestreben insbesondere der Zentrumspartei, die Position der Deutschnationalen von vornherein nicht zu stark werden zu lassen, damit der Einfluß der Mittelparteien auf die Regierungsbildung gewahrt bleibt. Aus diesem Grunde erklärt das Zentrumsblatt „Die Germania" ganz offen, die **Zentrumspolitiker** seien entschlossen, **den bisherigen Weg weiter zu gehen und sich nicht unter die Führung der Deutschnationalen** zu begeben. Darin liegt die ausgesprochene Absicht, in der kommenden Regierungskoalition unter keinen Umständen der Deutschnationalen Partei die maßgebende Führung zu überlassen. Als Begründung dieses Standpunktes führt die „Germania" an, die Deutschnationalen seien nicht so stark aus den Wahlen hervorgegangen, um auf Grund ihrer parlamentarischen Stellung den Einfluß der bisherigen Regierungsparteien zurückdrängen zu können. In den deutschen volksparteilichen Kreisen stimmt man offensichtlich diesem Standpunkt des Zentrumsblattes zu, indem man darauf hinweist, daß ohne die Unterstützung der anderen Parteien die Deutschnationalen außer Stande sein würden, eine Mehrheitsbildung im neuen Parlament zustande zu bringen.

Inzwischen dauert **der Streit um die Frage der Sachverständigenvorschläge** mit unverminderter Heftigkeit an. Die deutschnationalen Führer erklären mit Nachdruck, daß ihre Stellungnahme gegenüber den Sachverständigengutachten durchaus ablehnend sei, und daß ihre Forderungen eine Reihe von Abänderungen der Sachverständigengutachten zur Voraussetzung haben. Die Ueberlassung des Außenministeriums an einen deutschnationalen Politiker würde also eine ganz neue Richtung in die deutsche Regierungspolitik gegenüber den Sachverständigenvorschlägen bringen. Dies hat die bisherigen Regierungsparteien veranlaßt, dem Reichskanzler **Dr. Marx** den Vorschlag zu machen, bei dem Zusammentritt des neuen Reichstages eine **Abstimmung über diese Frage** zu veranstalten. Würde die gegenwärtige Regierung in diesem Falle einen Sieg davontragen, so stehe es außer Zweifel, daß die Deutschnationalen die bereits eingeleitete Politik fortsetzen müßten. Demnach wird über die Außenpolitik eine Entscheidung erzwungen werden, die eine Festlegung der neuen Regierung bedeutet. Daraus ergibt sich die Frage, ob die Deutschnationalen nach dieser vollendeten Tatsache sich in der Lage fühlen werden, an der neuen Regierung teilzunehmen. Ein Nachgeben in der außenpolitischen Frage würde zweifellos die Preisgabe ihrer wichtigsten politischen Ziele bedeuten. **Es erscheint** daher einigermaßen verständlich, wenn jetzt in der deutschnationalen Presse ernsthafte Bedenken gegenüber einer Teilnahme an der neuen Regierungskoalition geäußert werden. In diesem Sinne gewinnt auch die neuerliche Entschließung des Reichslandbundes Bedeutung, in der nach wie vor die Sachverständigengutachten als unannehmbar bezeichnet werden.

Zur Zeit hat es nicht den Anschein, als ob die Regierungsparteien bereit sind, den deutschnationalen Wünschen der Außenpolitik gegenüber nachzugeben. Diese Haltung erklärt sich aus der grundsätzlichen Auffassung, daß durch die deutschnationalen Forderungen auf Revision des deutschen Standpunktes zu den Sachverständigenberichten eine erhebliche Erschwerung und eine starke Verzögerung bei den außenpolitischen Entscheidungen eintreten würde. Man erklärt, der französischen Regierung würde zweifellos eine Verschleppung der Verhandlungen erwünscht sein. Die französische Politik würde in die Lage versetzt, den durch England angebahnten Kompromiß neuerdings wieder zunichte zu machen und im Ruhrgebiet den Zustand der Ausbeutung der Industriellen durch die Micum-Verträge zu verlängern. Deutschland könnte auf diese Weise in immer größere Schwierigkeiten hineingeraten, die die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen würden.

In unterrichteten Kreisen spricht man gegenwärtig davon, daß **nach Beendigung der französischen Wahlen die Situation in Deutschland in einem ganz anderen Licht erscheinen** werde. Da mit einem Wahlsieg Poincarés zu rechnen ist, erklärt man, daß dieser Umstand immerhin für die deutsche Politik von ausschlaggebender Bedeutung sein müsse. Es wird daher der Wunsch ausgesprochen, daß man gegenwärtig im deutschen Lager die größte Zurückhaltung ausübe und erst nach dem erfolgten Ueberblick über den französischen Wahlausgang die gegenwärtige Diskussion fortsetzt, die für die deutschen Interessen zweifellos wenig erfreulich sei.

Kommunistisch-völkische Mobilmachung für Halle.

Die vaterländischen Verbände erlassen einen Aufruf zu der großen Kundgebung, die morgen, am 11. Mai, anläßlich der **Wiederaufrichtung des in der Neujahrsnacht umgestürzten Moltkestandbildes** „im roten Herzen Mitteldeutschlands in Halle an der Saale" stattfinden soll. In dem **Aufruf** heißt es: „Hunderte von vaterländischen Verbänden, tausende von Fahnen werden erscheinen, über hundert Musikkorps werden spielen. Der Vorbeimarsch an Ludendorff wird auf den Rennbahnwiesen bei Passendorf stattfinden und wird deshalb eine große Menge Menschen anziehen."

Gleichzeitig erscheinen in der **kommunistischen Presse** ganz Deutschlands Aufrufe zur Massenbeteiligung an einer **Gegenkundgebung**, die als „Allgemeiner Arbeitertag" für den Sonntag nach Halle einberufen wird. Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend von Berlin-Brandenburg will ihre Mitglieder in Massen nach Halle schicken. Sie veröffentlicht eine Kundgebung an die Halleschen Kommunisten, in der es heißt: „Euer Aufruf, am 11. Mai nach Halle zu marschieren, wird von der Berlin-Brandenburger Arbeiterschaft mit großer Begeisterung aufgenommen. Die faschistischen Söldlinge wollen mit ihrer Demonstration am 11. Mai beweisen, daß sie zum Angriff auf Sowjetrußland, zum Angriff gegen die letzten Rechte der deutschen Arbeiter bereit sind. Die kommunistische Partei wird die freche Provokation der Hakenkreuzler nicht dulden. Sie ruft jene vier Millionen auf, die sich am 4. Mai für den Kommunismus erklärt haben, durch wuchtige Gegendemonstrationen die Pläne der Faschisten zu durchkreuzen."

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

* Berlin. Nach den neuen amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses, die zum Teil bereits auf den von den Kreiswahlbezirken anerkannten Berechnungen beruhen, sind abgegeben worden:

Sozialdemokraten 5991547
Deutschnationale 5764628
Zentrum 3901087
Deutsche Volkspartei 2646747
Demokraten 1661425
Kommunisten 3728089
Bayerische Volkspartei 941982
Bayerischer Bauernbund 685273
Hannoveraner 318505
Deutschvölkische Freiheitspartei 1922626
Landliste 568780
Deutschsoziale 338348.

Ferner USPD. 234718, Bund der Gentzen 58890, christlich-soziale Volksgemeinschaft 124626, Arbeitnehmer 36199, Freiwirtschaftsbund 36024, Häuserbund 23862, Nationale Freiheitspartei 59114, Nationale Minderheiten 133540, Partei der Mieter 46991, Republikanische Partei 45897, Sozialistischer Bund 25617, Nicht an Reichslisten angeschlossene Gruppen 16967 Stimmen.

Die Verteilung der Mandate,

ausgeschieden nach den Kreissitzen, Verbandssitzen und Reichswahlvorschlägen ist folgende:

Sozialdemokraten 82+11+7 = 100
Deutschnationale Volkspartei 80+3+13 = 96
Zentrum 52+5+8 = 65
Deutsche Volkspartei 30+8+6 = 44
Demokraten 9+12+7 = 28
Kommunisten 42+11+9 = 62
Bayerische Volkspartei 14+0+2 = 16
Bayerischer Bauernbund 3+2+5 = 10
Hannoveraner 4+0+1 = 5
Deutschvölkische 13+9+10 = 32
Landliste 7+1+1 = 9
Deutschsoziale 0+2+2 = 4

Gesamtzahl der Mandate: 336+64+71 = **471 Mandate.**

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesamtzahl der Abgeordnetensitze noch eine geringe Erhöhung erfährt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der ungültigen Stimmen im Gegensatz zu frühern Wahlen stark gestiegen ist. Möglicherweise wird ein Teil dieser Stimmen nachträglich für gültig erklärt werden, sodaß der einen oder anderen Partei noch ein Mandat zufallen könnte.

* * *

Die Reichskanzler-Kandidatur des Fürsten Bülow.

Berlin, 10. Mai. Wie wir zuverlässig erfahren, trifft es zu, daß von deutschnationaler Seite ernsthaft die Absicht besteht, dem **Fürsten Bülow den Posten des Reichskanzlers** anzubieten. Von führender deutschnationaler Seite ist bereits eine Anfrage an den Fürsten Bülow ergangen, in der er gebeten wird, mitzuteilen, ob er bereit sein würde, einem an ihn ergehenden Rufe zu folgen. Fürst Bülow hat daraufhin **keine bindende Antwort** erteilt. Er will seine Entscheidung davon abhängig machen, ob die deutschen Parteien zu einer Regierungsbildung gelangen, die Aussicht auf dauerhaften Bestand hat und sich auf weiteste Kreise des deutschen Volkes stützen kann. Im übrigen hat Fürst Bülow sich eine entsprechende Bedenkzeit ausgebeten, indem er darauf hinweist, daß es ihm sehr schwer sein würde, seinen Entschluß, nicht wieder in das politische Leben zurückzukehren, zu ändern.

Keine Kanzlerkandidatur des Fürsten Bülow.

Eine weitere Meldung besagt: Fürst Bülow, der in deutschnationalen Kreisen als kommender deutscher Reichskanzler genannt wurde, hat in einer Unterredung mit italienischen Journalisten erklärt, **er denke nicht daran, nach Deutschland zurückzukehren** und Rom zu verlassen, mit dem er sich eng verwachsen fühle. Mit Politik befasse er sich nur noch vom Standpunkt des Historikers aus.

* * *

Volksentscheid über des Sachverständigen-Gutachten.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat am Freitag nachmittag in einer Sitzung einstimmig beschlossen, in der Frage der Annahme oder der Ablehnung der Sachverständigen-Vorschläge den Volksentscheid herbeizuführen. Zur Begründung dieses Beschlusses wird ausgeführt: Da der Kampf zwischen 23 Parteien die erforderliche Klarheit nicht gebracht hat, soll das Volk selbst durch Ja oder Nein entscheiden.

Der Kampf im Ruhrbergbau und seine Folgen.

)(**Essen.** **Der Kampf im Bergbau hat sich verschärft.** Kommunisten und auch die im Ruhrgebiet sehr rege tätigen Separatisten gewinnen an Einfluß bei den ausgesperrten bezw. streikenden Bergarbeitern. Die Zahl der Hüttenwerke, die infolge Kohlenmangels zur **Stillegung des Betriebes** gezwungen sind, hat sich weiter erhöht. Auch mußte die Gasversorgung mehrerer Städte, darunter Essens, eingestellt werden.

)(**Essen.** Im Ruhrbergbau sind bei der gestrigen Frühschicht **93,70 Prozent der Gesamtbelegschaft nicht eingefahren.**

)(**Dortmund.** Der Reichs- und Staatskommissar **Mehlich**, der gestern von einer Reise zurückgekehrt ist, hat unverzüglich eine **Vermittlungsaktion zur Beilegung des Kampfes** im Bergbau eingeleitet. Es sind zunächst die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände am Freitag abend zu einer Besprechung geladen. Heute sollen Besprechungen mit den Vertretern der Zechenverbände stattfinden.

)(**Essen.** Auf den **Kruppschen Werken** wird durch einen Anschlag der Direktion bekanntgegeben, daß voraussichtlich vom 11. Mai ab infolge Kohlenmangels **Kurz- und Feierschichten** eingelegt werden müssen.

)(**Oberhausen.** Die **„Gute Hoffnungshütte"** ist vorgestern wegen Gas- und Strommangels zum größten Teil **zum Erliegen gekommen.**

)(**Amsterdam.** Eine Anzahl **internationaler Gewerkschaftsführer**, darunter englische, belgische und niederländische Bergarbeitervertreter, hat sich ins Ruhrgebiet **begeben**, um sich mit den dortigen Gewerkschaften ins Benehmen zu setzen.

Der neue Frankensturz.

Unmittelbar vor den Wahlen beginnt der Franken, dessen Stützung das beträchtlichste Propagandaaktivum der Regierung Poincaré darstellte, wieder zu schwanken. Es liegt natürlich der französischen Presse sehr nahe und ist äußerst bequem, sofort wieder Deutschland als den Schuldigen an dieser neuen Valutabewegung hinzustellen. In eingeweihten Kreisen auch in Paris ist man sich natürlich über die wahren Gründe des unliebsamen Ereignisses im klaren. Einmal hat es sich in den letzten Tagen an der Pariser Börse herausgestellt, daß der Importhandel plötzlich große Devisenkäufe getätigt hat und zwar, weil er es versäumt hat, rechtzeitig und allmählich seinen Bedarf für Einfuhrnotwendigkeiten zu decken. Diese plötzliche und starke Nachfrage muß naturgemäß auch eine gutfundierte Valuta erschüttern, geschweige denn den mit Mühe und großer Kunst gestützten Franken. Hinzukommt, daß die internationale Börse gewisse Befürchtungen hinsichtlich der zugesagten aber bisher nicht eingehaltenen Maßnahmen zur Ausgleichung des Etats hegt. Ob daneben auch noch politische Gründe mitsprechen, ist natürlich schwer zu entscheiden. Es liegt an sich nahe, daß angesichts der von Poincaré gegenüber dem Sachverständigengutachten geübten Verschleppungstaktik in England die Neigung besteht, Frankreich an dem Punkte etwas zu beeinflussen, an welchem es am empfindlichsten ist.

Von den französischen Kammerwahlen.

)(**Paris.** Die Kandidaten der Wahlliste der Republikanischen Union (Liste des nationalen Blocks) im Seine-Departement veranstalteten gestern nachmittag während der Geschäftsstunden in Paris eine große Kundgebung, die mit der Verlesung einer Erklärung eingeleitet wurde. Es heißt darin: **Die Reichstagswahlen gebieten Frankreich, in jeder Hinsicht auf der Hut zu bleiben.** Der Versammlung, an der vier Mitglieder der Regierung teilnahmen, wurde folgende Tagesordnung zur Annahme vorgeschlagen: Die Wähler des Seine-Departements sind davon überzeugt, daß die Hauptprobleme, deren Lösung angestrebt werden muß, die Sicherheit Frankreichs und die Bezahlung der Reparationen sind, daß diese Ziele endgültig nur erreicht werden können durch republikanische Einigkeit und nationale Eintracht und daß Frankreich um so mehr Aussicht haben wird, die ihm gebührende Genugtuung zu erhalten, je mehr der Mann, der in seinem Namen spricht, den Alliierten und Deutschland gegenüber Autorität besitzt. Die Wähler des Seine-Departements fordern deshalb alle klar denkenden Franzosen auf, für die Liste zu stimmen, deren Kandidaten sich verpflichten, im Parlament die auswärtige Politik Poincarés zu unterstützen.

)(**Paris.** Nach der von der „Agence Havas" veröffentlichten Zusammenstellung über die Kammerwahlen am kommenden Sonntag bewerben sich um die **584 Mandate 2491 Kandidaten** auf 452 Listen. Von den Abgeordneten der ehemaligen Kammer bewerben sich wieder um Sitze 18 Konservative, 165 Republikaner (Bezeichnung für die Arago-Gruppe), 116 Linksrepublikaner (Partei Poincaré), 39 Radikale, 46 Radikale und radikale Sozialisten, 36 sozialistische Republikaner (Partei Charles Benoists und Briands), 50 Sozialisten und 11 Kommunisten.